

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

22. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 10. Februar 2010

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten Leo Dautzenberg	1893 A	Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister AA	1895 A
Wahl der Abgeordneten Klaus Brähmig als ordentliches Mitglied und des Abgeordneten Dr. h. c. Wolfgang Thierse als stellvertretendes Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	1893 B	Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)	1897 C
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	1893 B	Dr. Christian Ruck (CDU/CSU)	1900 B
Nachträgliche Ausschussüberweisungen	1894 B	Jan van Aken (DIE LINKE)	1901 D
Begrüßung der neuen Abgeordneten Yvonne Ploetz	1894 C	Hellmut Königshaus (FDP)	1902 D
Tagesordnungspunkt 3:		Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1904 C
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen: Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung: Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz	1894 C	Philipp Mißfelder (CDU/CSU)	1905 D
in Verbindung mit		Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1907 A
Zusatztagesordnungspunkt 2:		Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU)	1907 D
Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Drucksache 17/654)	1894 D	Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE)	1908 D
		Tagesordnungspunkt 4:	
		Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Die Banken sollen für die Krise zahlen (Drucksache 17/471)	1909 B
		Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)	1909 C
		Leo Dautzenberg (CDU/CSU)	1911 B
		Michael Schlecht (DIE LINKE)	1912 B
		Dr. Carsten Sieling (SPD)	1913 B
		Frank Schäffler (FDP)	1915 A
		Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1916 B
		Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU)	1917 C
		Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1918 C

Manfred Zöllmer (SPD)	1919 B
Björn Sängler (FDP)	1920 D
Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1921 B
Ralph Brinkhaus (CDU/CSU)	1922 A
Michael Schlecht (DIE LINKE)	1922 C

Tagesordnungspunkt 8:

a) Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umstellung der Finanzierung von Neu- und Ausbauprojekten in Bundesschienenwege (Drucksache 17/543)	1923 D
b) Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Fritz Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eisenbahnsicherheit verbessern (Drucksache 17/544)	1923 D

Zusatztagsordnungspunkt 4:

a) Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Gewährleistung der Sicherheit im Schienenverkehr muss Priorität haben (Drucksache 17/655)	1924 A
b) Antrag der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Ute Koczy, Thilo Hoppe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beschlagnahmung von Generika in Europa stoppen – Versorgung von Entwicklungsländern mit Generika sichern (Drucksache 17/448)	1924 A

Tagesordnungspunkt 9:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zu der Verordnung der Bundesregierung: Siebenundachtzigste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (Drucksachen 17/42, 17/85 Nr. 2.1, 17/489)	1924 B
b) – 1) Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: Sammelübersichten 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29 und 30 zu Petitionen (Drucksachen 17/553, 17/554, 17/555, 17/556, 17/557, 17/558, 17/559, 17/560, 17/561, 17/562, 17/563)	1924 C

Zusatztagsordnungspunkt 5:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Grünbuch Erlangung verwertbarer Beweise in Strafsachen aus einem anderen Mitgliedstaat (Drucksachen 17/504 Nr. A 15, 17/660)	1925 C
b) Antrag der Bundesregierung: Ausnahme von dem Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat für Mitglieder der Bundesregierung (Drucksache 17/600)	1925 D

Zusatztagsordnungspunkt 3:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rettingsschirm für die Kommunen vor dem Hintergrund von Haushaltslage und schwarz-gelben Steuersenkungsplänen	1926 A
Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)	1926 A
Antje Tillmann (CDU/CSU)	1927 B
Renate Künast (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1928 C
Dr. Hermann Otto Solms (FDP)	1930 A
Katrin Kunert (DIE LINKE)	1931 D
Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU)	1933 B
Bernd Scheelen (SPD)	1934 B
Dr. Birgit Reinemund (FDP)	1935 D
Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1937 A
Peter Götz (CDU/CSU)	1938 D
Petra Hinz (Essen) (SPD)	1940 A
Hartmut Koschyk, Parl. Staatssekretär BMF	1941 B
Michael Groschek (SPD)	1943 A
Manfred Kolbe (CDU/CSU)	1944 A

Tagesordnungspunkt 7:

a) Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Ingrid Hönlinger, Memet Kilic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Parteispenden begrenzen (Drucksache 17/547)	1945 C
b) Antrag der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Jan Korte, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden verbieten (Drucksache 17/651)	1945 C

Michael Groschek

- (A) Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das war aber die Rede für den Ortsverein heute Abend, nicht? – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Fünf Minuten reden ohne zu atmen! Er sollte mal Taucher lernen! – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: War der Kampfschwimmer, oder was?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Manfred Kolbe hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Schluss der Aktuellen Stunde ein paar Punkte zusammenfassen:

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Erstens. Wir als CDU/CSU-Fraktion sind die kommunal, also vor Ort, verankerte Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Sie brauchen sich doch nur das Ergebnis der letzten Bundestagswahl anzuschauen. Unsere Fraktion umfasst 239 Abgeordnete. Davon sind 218 direkt gewählt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man wird in Deutschland nicht direkt gewählt, wenn man keinen Kontakt zur kommunalen Basis hat.

- (B) (Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Wenn man nicht die Interessen der Kommunen vertritt, dann gewinnt man keine Wahlkreise. Weil wir das tun, haben wir so viele Wahlkreise gewonnen. In Sachsen haben wir alle 16 Bundestagswahlkreise gewonnen. Wir haben alle zehn Landratsämter gewonnen. Wir stellen die Oberbürgermeisterin in Dresden. Das wäre doch nicht der Fall, wenn wir eine kommunalfeindliche Politik betreiben würden. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Reden Sie über Ihre Pläne, nicht über die Vergangenheit!)

Nun zu den Grünen. Frau Künast sehe ich gar nicht mehr. Sie muss sich offenbar von Ihrem eigenen Redebeitrag erholen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Solms ist auch schon weg!)

Sie, Frau Haßelmann, haben sich hier aufgeplustert. Ihre Partei ist kommunal überhaupt nicht verankert.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung von den Grünen! Sie sollten nicht darüber reden!)

Ich kann die Anzahl der kommunalen Vertreter Ihrer Partei in meinem Wahlkreis an einer Hand aufzählen. Das ist fast bedauerlich.

(C) (Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir stellen die Mitgliederzahlen mal ins Verhältnis zu den Mandaten! Dann sehen wir weiter!)

Schauen wir uns doch einmal die kommunale Leistungsbilanz seit 2005 an.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Das Jahr 2005 ist geradezu eine Zäsur für die kommunalen Finanzen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Super!)

Im Jahr 2005 – das nur zur Erinnerung – wurde Angela Merkel Bundeskanzlerin.

(Joachim Poß [SPD]: Oh!)

Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind seitdem vier Jahre lang kontinuierlich gestiegen. Der Finanzierungssaldo der Kommunen war letztmals 2005 negativ. Die Kommunen hatten 2006, 2007 und 2008, einen positiven Finanzierungssaldo erwirtschaftet.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Und 2010?)

Die kommunalen Investitionen betragen im Jahr 2005 nur 18,6 Milliarden Euro und hatten somit einen Tiefstand erreicht. Sie sind seitdem kontinuierlich gestiegen, nämlich auf 19,1 Milliarden Euro in 2006, 20 Milliarden Euro in 2007, 21,5 Milliarden Euro in 2008 und 22,5 Milliarden Euro im letzten Jahr. Das sind die Zahlen. Sie sagen mehr aus als manches hysterische Wort hier in diesem Saal.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann kam die internationale Finanzkrise. Sie ist den Kommunen nicht von der Bundesregierung aufgezwungen worden und hat uns alle getroffen. Da haben wir alle Fehler gemacht, der Bund, die Länder und auch manche Kommune. Ich denke zum Beispiel an die Cross-Border-Geschäfte der Stadt Leipzig, die für die kommunalen Wasserwerke ein finanzielles Risiko in Höhe von 290 Millionen Euro mit sich brachten. Da wir alle Fehler gemacht haben, sind wir alle gefordert.

Die Kommunen haben jetzt in der Tat ein Finanzierungsdefizit:

(Bernd Scheelen [SPD]: Und Frau Merkel ist immer noch Kanzlerin!)

Letztes Jahr lag es bei 4,5 Milliarden Euro; dieses Jahr droht eines in Höhe von bis zu 12,0 Milliarden Euro. Ich sage ganz klar für meine Fraktion – das hat der Staatssekretär schon ausgeführt –: Wir alle sind gefordert. Wir müssen darüber nachdenken, und wir müssen auch handeln.

(Zurufe von der SPD)

Wenn man ehrlich ist, dann kommt man zu dem Schluss – das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen –, dass die Hauptursache für den augenblicklichen Rückgang der kommunalen Einnahmen die starke Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuererinnahmen ist.

(D)

Manfred Kolbe

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Florian Pronold [SPD]: Sagen Sie einmal etwas zur Gewerbesteuer! Sind Sie dafür, oder sind Sie dagegen?)

Angesichts dessen sollte man nicht immer gleich mit dem Totschlagargument kommen: Ihr wollt die Gewerbesteuer abschaffen. Das will doch keiner.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen die kommunalen Einnahmen verstetigen und weniger konjunkturanfällig gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP will sie doch abschaffen! Haben wir doch gerade gehört!)

Diese Bundesregierung unter Angela Merkel hat übrigens sofort gehandelt – Sie von der SPD, Frau Kressl und andere könnten da ruhig klatschen, waren noch dabei: Wir haben ein erstes Konjunkturpaket aufgelegt; wir haben ein zweites Konjunkturpaket aufgelegt; wir haben die Straßenbaumittel des Bundes um 4 Milliarden Euro erhöht.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Sogar zusammen! – Zurufe von der SPD)

Als Ausblick auf diese Legislaturperiode sei gesagt: Wir werden auch in dieser Legislaturperiode handeln. Das können Sie in der Koalitionsvereinbarung nachlesen. Da steht, dass wir die kommunale Selbstverwaltung stärken,

(B) (Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, da sind Sie dabei!)

die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen überprüfen und

(Zuruf von der SPD: Und wann?)

die Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung verbessern wollen,

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU] – Zurufe von der SPD)

damit die Kommunen nicht immer die Suppe auslöffeln müssen, wenn Bund und Länder etwas zulasten Dritter beschlossen haben. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der einmal angegangen werden muss. Das werden wir in dieser Legislaturperiode tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

– Danke schön.

Die CDU/CSU-Fraktion steht zu den Kommunen und wird auch zugunsten der Kommunen handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 a und 7 b auf: (C)

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Ingrid Hönlinger, Memet Kilic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Parteispenden begrenzen

– Drucksache 17/547 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Rechtsausschuss
Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Jan Korte, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden verbieten

– Drucksache 17/651 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Rechtsausschuss
Haushaltsausschuss

Wir wollen hierzu verabredungsgemäß eine halbe Stunde debattieren. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Als Erstem gebe ich das Wort dem Kollegen Volker Beck für Bündnis 90/Die Grünen.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden heute hier über die Reform des Parteiengesetzes, weil die Mövenpick-Spende des Barons von Finck an die FDP im Zusammenhang mit der auch von Herrn Pinkwart kritisierten Mehrwertsteuersenkung für die Hotellerie den Eindruck erweckt hat, man könne politische Entscheidungen in Deutschland durch Spenden beeinflussen.

Friedrich Nowotny schreibt im *Berliner Kurier* etwas zugespitzt:

Alles ist gesetzlich geregelt. Mehrfach hat das Bundesverfassungsgericht beraten und entschieden. Trotzdem: Um Parteispenden weht der üble Geruch von Korruption.

Der *Spiegel* schreibt:

Die „Mövenpick“-Spende ist so legal wie anrühlich.

Meine Damen und Herren, die FDP erweckt den Eindruck, es sei legal verbucht, legal vermeldet, und deshalb sei auch alles in Ordnung.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Es ist alles in Ordnung!)

Darin zeigt sich, dass Sie, meine Damen und Herren von der FDP, die Grundlagen des jetzigen Parteiengesetzes nicht verstanden haben. Es geht um Transparenz zur Ermöglichung von Kritik. Deshalb kann einem eine Spende bei Umfragen und Wahlen unter Umständen teuer zu stehen kommen, wie man aktuell sieht.